

Rucht, Dieter

Article — Digitized Version

Die Bürgerinitiativbewegung als Teil einer intermediären politischen Kultur

Journal für angewandte Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (1981) : Die Bürgerinitiativbewegung als Teil einer intermediären politischen Kultur, Journal für angewandte Sozialforschung, ISSN 0025-8822, Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, Wien, Vol. 21, Iss. 4, pp. 389-406

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112574>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Die Bürgerinitiativbewegung als Teil einer intermediären politischen Kultur*)

Dieter Rucht (München)

Einleitung

Angesichts der neuen Protestbewegungen in westlichen Industriegesellschaften zeigt sich derzeit eine Ratlosigkeit in mehrfacher Hinsicht. Dies ist einmal die Irritation von Politikern, Verwaltungsbeamten und politischen Publizisten. Sie verweisen auf die eigenartige Kluft zwischen Stabilität der Institutionen, hoher Wahlbeteiligung, überragender Stellung etablierter Parteien, materieller Wohlfahrt usw. einerseits und die Breite und Radikalität einer gleichsam „unbegründeten“ Protestbewegung andererseits.¹⁾ Es ist zweitens die Ratlosigkeit eines großen Teils der politischen Linken, derzeit unschlüssig oder uneinig, ob sie auf den weitgehend ohne ihre Hilfe gestarteten Zug aufspringen soll, ob und wie sie die eingeschlagene Richtung beeinflussen kann – und die nicht zuletzt deshalb „Große Ratschläge“²⁾ veranstaltet. Es ist drittens die Ratlosigkeit von Sozialwissenschaftlern, welche angesichts der Heterogenität dieser Bewegungen zu einer abwartenden Haltung neigen, zumal duale Kategoriensysteme wie rechts/links, romantisch/realistisch oder systemimmanent/systemüberwindend nicht mehr so recht greifen wollen. Schließlich offenbart sich die Unsicherheit eines guten Teils der Protestbewegungen in bezug auf die eigene Standortbestimmung und die einzuschlagenden Strategien.

Stark generalisierende Analysen der „neuen“ bzw. „neopopulistischen“ Protestbewegungen³⁾ interpretieren diese zumeist auf dem Hintergrund eines Wertwandels von „materialistischen“ zu „postmaterialistischen“ Orientierungen (im Anschluß an Inglehart 1971 und 1977), eines „Unbehagens in der Modernität“ (vgl. Berger/Berger/Kellner 1975) oder eines epochalen Wechsels vom „Verteilungsparadigma“ zum „Paradigma der Lebensweise“ (vgl. Raschke 1980). Hier wäre zumindest zu fragen, ob derart hochabstrakte Deutungsversuche nicht eine durchaus fruchtbare Perspektive überstrapazieren und zudem die Differenzen zwischen verschiedenen Protestbewegungen (sowie innerhalb einzelner Bewegungen) vorschnell ausblenden. Die Interpretationen, die auf der konkreteren Ebene neokorporatistischer Politik (vgl. Marin 1980; Heinze 1981) oder des Systems der Konkurrenzparteien (vgl. Offe 1980) ansetzen, sind gehaltvoller und vermögen eine bedeutende Lücke zu schließen.

Die folgenden Überlegungen konzentrieren sich auf die Bürgerinitiativbewegung als einen politisch relevanten Teil neuer Protestgruppen und greifen innerhalb dieses Rahmens folgende Fragen auf:

1. Gibt es eine Entwicklungslogik der Bürgerinitiativbewegung im Sinne eines (kumulativen) politischen Lernprozesses?
2. Wo steht die Bürgerinitiativbewegung derzeit nach ihrem politischen Anspruch und Selbstverständnis?

*) Überarbeitete Fassung eines Vortrags am 14. Februar 1981 im Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften, Starnberg bei München

qualitative Reformen sowie kohärente und langfristige Gesamtplanungen im Gegeneinander von Fachressorts, im Geflecht föderalistischer Vetopositionen und schließlich im Gefolge einer gesamtpolitischen Gegenreform steckengeblieben waren. Die Regierungspolitik schwenkte nahezu bruchlos von der Reformeuphorie zu Pragmatismus und Krisenmanagement, was durch den Wechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt sinnfällig verkörpert wurde.

In dieser Phase der Ernüchterung waren Bürgerinitiativen weitgehend auf ihre eigene Kraft verwiesen. Die wachsende Einsicht in die inneren Problemzusammenhänge, die Unglaubwürdigkeit einer bloßen Sankt-Florians-Politik und die relative Aussichtslosigkeit isolierter Protestaktionen begünstigte eine engere Kooperation von Bürgerinitiativen und führte zu regionalen und bundesweiten Zusammenschlüssen.⁷⁾

Die Auseinandersetzungen um das geplante Atomkraftwerk in Wyhl im Jahr 1975 hatten eine Signalwirkung (vgl. Rucht 1980). Die Bauplatzbesetzung bedeutete eine neue Eskalationsstufe des Konflikts; lokale Verankerung und soziale Zusammensetzung der Protestierenden erschwerten deren Diffamierung; die Parole „kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo“ signalisierte die bewußte Abkehr vom Sankt-Florians-Prinzip; die enge Kooperation der regionalen Gruppen – auch über die französische und Schweizer Grenze hinweg – war Ausdruck eines übergreifenden Problembewußtseins. Schließlich hatte das Thema Atomkraft eine fokussierende Wirkung für die Kritiker des Wachstumsdogmas, der zentralistischen Großtechnik, der personellen Verflechtung von politischen und ökonomischen Eliten, der einseitigen Instrumentalisierung von Wissenschaft und Technik, der systematischen Verdrängung von industriellen und technologischen Folgelasten, der Neigung zu repressiven anstelle von diskursiven Formen der Konfliktlösung usw.

Erst in dieser zweiten Phase kann von einer Bürgerinitiativbewegung (vgl. Mayer-Tasch 1976; Rammstedt 1977 und 1980) gesprochen werden. Diese Etappe der *Formierung* sollte allerdings nicht auf die Anti-Atomkraft-Initiativen und deren spektakuläre Aktionen in Wyhl, Brokdorf, Grohnde und Gorleben reduziert werden. Die Masse der Bürgerinitiativen verteilte sich auf die verschiedensten Problemfelder und agierte dort eher unauffällig. Dennoch begriff sich wohl die Mehrzahl der Gruppen als Teil einer basisdemokratisch und ökologisch orientierten Gesamtbewegung.⁸⁾ Im Unterschied zur Studentenbewegung liegt hier allerdings der Akzent nicht auf kapitalismuskritischen, sondern auf anti-industriellen und anti-modernistischen Positionen.

c) Diese expansive Phase erreichte etwa 1977 ihren vorläufigen Endpunkt. 1976/77 hatten sich zunehmend Gegenkräfte formiert, unter denen vor allem die Gewerkschaften eine herausragende Rolle spielten (vgl. Hallerbach 1978; Mez/Wilke 1977), zumal sie von seiten der Bürgerinitiativen nicht einfach einem politischen Feindbild zugeschlagen werden konnten. Während sich in der Wachstumsdebatte und in der Frage der Atomenergie die Fronten verhärteten und die Argumente auf beiden Seiten stereotypisierten, suchten die SPD und FDP die parteiinternen Auseinandersetzungen durch vage Kompromißformeln zu überbrücken.⁹⁾

Direkte Konfrontationen vor Ort, vor allem an den Bauplätzen von Atomkraftwerken, hatten sich angesichts eines paramilitärisch gerüsteten Polizeiapparats zunehmend als problematisch erwiesen. Nach den blutigen Konflikten in Brokdorf und Grohnde begann die Öffentlichkeit zwischen friedliebenden Bürgern und militanten Chaoten zu sortieren, zumal eine Reihe von kommunistischen Gruppen die Bürgerinitiativen als neue Massenbewegung entdeckt und teilweise unterwandert hatten.¹⁰⁾

Die Bürgerinitiativbewegung mußte ihren Standort überdenken und sich auf programmatische wie strategische Alternativen besinnen. Hierzu gehörten zum einen die Verlagerung

Im Verlauf dieser Phasen hatten die Bürgerinitiativen jeweils auf spezifische Herausforderungen zu reagieren. Die Antworten lassen sich als politische Lernprozesse interpretieren, sich als aggregierte Erfahrungen niederschlugen, die neu hinzukommenden Gruppen vermittelt wurden und in entsprechende Handlungsstrategien mündeten. Das folgende Schema illustriert diesen Zusammenhang.

Schema 2: LERNPROZESSE VON BÜRGERINITIATIVEN

Zeit	Erfahrung	Strategie
1968	relative Wirkungslosigkeit isolierter Aktionen, Borniertheit der Sankt-Florians-Strategie, Zusammenhang der Einzelprobleme	Ein-Punkt-Aktionen
1973	Breitenwirkung des Protestes Stärke der formierten	Kooperation und Koordination, wissenschaftliche Fundierung der Kritik, öffentlichkeitswirksame
1977	Gegenkräfte Problematik militanter Aktionen Teilerfolge und Pyrrussiege interne Polarisierung	und spektakuläre Aktionen Suche nach Alternativen: – Ausweitung legalistischer Protestformen, Parlamentarisierung des Protestes, – ziviler Ungehorsam, – wissenschaftlich-technische Gegenentwürfe, – neuer Lebensstil
1980/81	Stagnation	strategische Unsicherheit

2. Das politisch-ideologische Spektrum und Selbstverständnis der Bürgerinitiativbewegung

Der einleitende Hinweis, große Teile der Bürgerinitiativen seien gegenwärtig ratlos, bedeutet keineswegs, daß diese Gruppen ihre Arbeit niedergelegt hätten. Er bezieht sich darauf, daß bisher weder militante noch verfahrensgeregelte Protestformen die erhoffte Wirkung zeitigten und derzeit verbindliche und erfolgversprechende Strategien kaum in Aussicht stehen. Vielmehr ist die gegenwärtige Situation eher von Richtungskämpfen, Grundsatzdebatten und Ideologisierungstendenzen geprägt (vgl. Rammstedt 1980). Nach jahrelangen Auseinandersetzungen und politischen Erfahrungen befindet sich die Bürgerinitiativbewegung in einer inneren wie äußeren Patt-Situation.

Der tiefere Grund für diese Lage ist – neben externen Faktoren – das in sich widersprüchliche politische Spektrum, aus dem sich die Bürgerinitiativbewegung zusammensetzt. Diese Gegensätze konnten solange latent gehalten werden, wie sich die Bürgerinitiativbewegung als *Negativkoalition* (gegen die Wachstumsideologie, gegen den Parteienstaat, gegen die Atomprogramme usw.) definierte, Profilierungsversuche einzelner Strömungen unterblieben und ein relativ einheitlicher Erfahrungshorizont auch zu gemeinsamen Schlüssen führen konnte. Die mehrgleisigen und auf unterschiedliche Potentiale

Bereits diese stark vereinfachende Typisierung und Verortung mag einen vagen Hinweis auf das innere Konfliktpotential der Bürgerinitiativbewegung geben, das dann an die Oberfläche tritt, wenn Fragen der Gewaltfreiheit, des Parlamentarismus, des Verhältnisses zu Gewerkschaften und Sozialdemokratie, der Verknüpfung von ökologischen und anti-kapitalistischen Positionen zur Debatte stehen. Die Bürgerinitiativbewegung setzt sich aus widersprüchlichen, vielleicht auf lange Sicht unvereinbaren, Kräften zusammen. Sie weist sektiererische, utopisch-naive, reaktionäre und revolutionäre Schlagseiten auf. Obwohl sie in ihrer Gesamtheit eher der politischen Linken zugerechnet werden kann, finden darin durchaus konservative Kräfte und Topoi ihren Platz. Ziele wie die Erhaltung der Natur, die Förderung der Selbstverantwortung und Eigeninitiative und die Betonung des Subsidiaritätsprinzips haben durchaus bewahrende, „wertkonservative“ Aspekte. Die Behauptung von Sebastian Haffner, daß die Grundstimmung in den Bürgerinitiativen nicht revolutionär, nicht einmal evolutionär, sondern schlicht konservativ sei (vgl. 1974; S. 15), zeugt allerdings weder von Kenntnis des Gegenstands noch von einem Gespür für Differenzierungen. Hier hilft auch Eppers Unterscheidung von Struktur- und Wertkonservatismus nur ein Stück weiter.

Bislang erwiesen sich nach der Zahl ihrer Anhänger wie auch in den anstehenden Sachfragen die Gruppen B und C als dominierend und konnten, wenn auch unter zunehmenden Schwierigkeiten, das Bild der Bürgerinitiativen in der Öffentlichkeit bestimmen. Bei den Anti-Atomkraft-Initiativen ergibt sich allerdings eine veränderte Gewichtung. Hier spielen auch die unter D und E genannten Gruppierungen eine bedeutende Rolle und markieren zunehmend eine interne Konfliktlinie.

Die ökologisch und reformistisch orientierten Bürgerinitiativen sind zu einem guten Teil organisatorisch wie programmatisch durch den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vertreten, der 1972 mit Sitz in Karlsruhe gegründet wurde. Dessen Position soll hier nur in knappen Strichen skizziert werden:

- Der BBU ist ein lockerer Zusammenschluß unabhängiger Bürgerinitiativen und versteht sich als eine überparteiliche, außerparlamentarische, basisorientierte und gewaltfreie Organisation.
- Er zielte im Lauf seines Bestehens auf die Verknüpfung einzelner Themen und erweiterte damit den Begriff Umweltschutz. So suchte er nach der anfänglichen Konzentration auf die Energiefrage auch die Felder Chemiewirtschaft, Verkehr und Antimilitarismus/Abrüstung zu integrieren.
- Er beschreitet im wesentlichen konventionelle Verfahrenswege (Pressearbeit, Gerichtsverfahren, Unterschriftensammlungen), öffnet sich jedoch zunehmend auch für Aktionen zivilen Ungehorsams (z. B. Stromteilzahlungsboykott).
- Er pendelt politisch relativ theorie- und orientierungslos zwischen reformistischen und ökologischen Bestrebungen und weist deshalb programmatische Widersprüche und Inkonsistenzen auf.¹³⁾
- Die überwiegend konventionelle Ausrichtung des BBU machte ihn zu einem anerkannten Verhandlungspartner bei Parteien, Ministerialverwaltungen und Verbänden.
- Er sieht sich aufgrund seiner lobbyistischen Tendenzen einer wachsenden Kritik seiner Basisinitiativen ausgesetzt und sucht dem durch eine verbale Radikalisierung sowie durch innerorganisatorische Veränderungen zu begegnen.¹⁴⁾
- Trotz einer weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung mit den „Grün-Bunten“ verhielt sich der BBU gegenüber dem parlamentarischen Engagement insgesamt skeptisch.

Parallel zu den wachsenden Widersprüchen innerhalb des BBU verschärfte sich auch der Gegensatz zwischen BBU und BBU-nahen Gruppen und spontaneistisch und autonomisti-

„Drehpunktpersonen“ (1978, S. 62) zwischen den Kulturen und vermögen in besonderer Weise intermediäre Funktionen wahrzunehmen. Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung von Bürgerinitiativen lassen darauf schließen, daß dieser Personenkreis in der Bürgerinitiative klar überrepräsentiert ist.¹⁷⁾

Die von Albert O. Hirschmann (vgl. 1970) beschriebenen und vor kurzem von Wolf-Dieter Narr (vgl. 1980) auf die Protestbewegungen bezogenen Verhaltentypen „voice“ (konstruktive Veränderung im Rahmen der bestehenden Institutionen) und „exit“ (Aufstieg, Aufbau neuer bzw. konträrer Institutionen) erweisen sich somit als ungeeignet, um die Situation der „Grenzgänger“ zu erfassen.

Unter Einbeziehung dieses Aspektes, aber auch mit dem Blick auf die (potentiell) konsensfähigen Gruppierungen im Mittelbereich des aufgezeigten Spektrums lassen sich große Teile der Bürgerinitiativbewegung als eine intermediäre Kultur interpretieren. Aus der Konstruktion des Paradigmas ergibt sich unmittelbar die Frage nach der sozialen Relevanz der hier vertretenen Gruppen, der Durchlässigkeit der Randzonen und der Kohärenz des politisch-ideologischen Kerns.

Die erste Voraussetzung kann – im Unterschied etwa zur Studentenbewegung –, als erfüllt gelten. Hierfür spricht die Zahl der Mitglieder von Bürgerinitiativen, aber auch die Überrepräsentation von bereits im Beruf tätigen Mittelschichtsangehörigen (v. a. als „Sinnvermittler“) sowie deren sozialer Status und politischer Einfluß. Dagegen fallen die weiteren Antworten schwerer. Das oben ausgefächerte Spektrum läßt jedoch erahnen, daß auch die zweite Bedingung weitgehend eingelöst. Auf der einen Seite ist durch die Gruppen A, B und C, auf der anderen Seite durch die Gruppen D, E und F eine Affinität zur etablierten Kultur bzw. zur Gegenkultur gegeben. Auf die dritte Voraussetzung soll etwas ausführlicher eingegangen werden. Der Kern der Bürgerinitiativbewegung kann in reformistischen und ökologistischen Strömungen gesehen werden. Hier zeigen sich allerdings Desintegrationstendenzen. Die zentripetalen Kräfte des Kernbereichs scheinen sich abzuschwächen, so daß dieser durch die Sogwirkung der Randzonen auseinandergezogen wird. Dies soll am Beispiel der Anti-Atomkraft-Initiativen belegt werden, die nach der Einschätzung von Joseph Huber der Ökologiebewegung *den* entscheidenden Antrieb verschafft haben (vgl. 1980, S. 12).

Im Vergleich zu wichtigen Teilen der Bürgerinitiativbewegung (z. B. in den Sektoren Verkehr, allgemeiner Umweltschutz, Soziales) ist bei den Anti-Atomkraft-Initiativen eine stärkere Verankerung im gegenkulturellen Milieu zu verzeichnen. Durch das relativ große Gewicht spontaneistischer Gruppen hat sich der Kern nach links verschoben. Somit läßt sich der Reflex zweier konträrer politischer Kulturen in besonderer Weise nachzeichnen.

Seit wenigen Jahren schälen sich immer klarer zwei relevante Gruppierungen heraus, die die interne Auseinandersetzung bestimmen. Dies ist einmal die Fraktion, die eine ökologistische, reformistische und gewaltfreie Position bezieht. Sie wird organisatorisch weitgehend durch den BBU, die Bürgeraktion Küste (BAK), die Bürgerinitiative im Kaiserstühler Raum, die Gruppen der „Gewaltfreien Aktion“ und durch überregional bedeutsame Bürgerinitiativen wie die von Lüchow-Dannenberg (Gorleben) verkörpert.

Auf der anderen Seite stehen die „Autonomen“, charakterisiert durch einen starken anti-staatlichen und anti-institutionellen Affekt, eine anti-kapitalistische Ausrichtung, die Neigung zu symbolisch-expressiver Politik und zu militanten Aktionen.¹⁸⁾ Diese Richtung wird u. a. verkörpert durch große Teile der „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“ (BUU), den Hamburger „Arbeitskreis politische Ökologie“, den „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ sowie zahlreichere kleiner Initiativen, welche überwiegend aus den Großstädten kommen.

4. Zur Einschätzung der Bürgerinitiativbewegung

Im folgenden wird (a) auf die Rolle von Bürgerinitiativen im Rahmen konkreter Konflikte mit der politischen Administration, (b) auf ihre Bedeutung als eine außerparlamentarische Kraft und (c) ihr Verhältnis zu anderen Protestbewegungen eingegangen. Abschließend soll auf einige forschungsstrategische Gesichtspunkte verwiesen werden.

a) Im Rahmen lokal begrenzter Konflikte zeigt sich, daß bei Bürgerinitiativen die Mißerfolge gegenüber Erfolgen bzw. Teilerfolgen eher überwiegen.¹⁹⁾ Dennoch läßt die auf seiten der politischen Administration erkennbare Bevorzugung von anderen Partizipationsformen wie Bürgerforen, Planungsbeiräte, Planungszellen, Anwaltsplanung, Bezirksausschüsse usw. (vgl. Rucht 1981) und ihre gleichzeitig feststellbare Distanz²⁰⁾ gegenüber Bürgerinitiativen den Rückschluß zu, daß Bürgerinitiativen

- im Einzelfall einen ernstzunehmenden Kontrahenten für die Verwaltung darstellen können und
- nicht generell unter „integrative“ Partizipationsformen einzureihen sind.

Dies wird auch dann deutlich, wenn man sich die strukturellen Ausgangspositionen von Bürgerinitiativen und politischer Verwaltung vor Augen führt. Diese lassen keinen Schluß auf den konkreten Konfliktverlauf zu, zeigen aber doch, daß Bürgerinitiativen auch eine Reihe von prinzipiellen Vorteilen auf ihrer Seite haben, die sich unter für sie günstigen Bedingungen als ausschlaggebend erweisen können.

Schema 4: AUSGANGSPOSITIONEN VON BÜRGERINITIATIVEN UND POLITISCHER VERWALTUNG

Position	Bürgerinitiativen	politische Verwaltung
Handlungsmotiv	Betroffenheit	Zuständigkeit
Rechtfertigung	Vermutung der Legitimität	Vermutung der Legalität
Handlungsmuster	ungeregelt autonom unkonventionell laienhaft spontan	geregelt hierarchisch konventionell professionell dauerhaft
sachliche Ressourcen personale Ressourcen	relativ begrenzt relativ unbegrenzt	relativ unbegrenzt relativ begrenzt
Statusvorteil Statusnachteil	Bürgerbonus Privatheit, Partikularismus	Amtsbonus Bürokratismus

In der Regel sind es Bürgerinitiativen, die in konkreten Auseinandersetzungen politische Planer in Argumentations- und Legitimationsnöte bringen und hierbei – will demoskopischen Ergebnissen folgen – meist große Teile der Bevölkerung (allerdings passiv) hinter sich wissen.²¹⁾ Diese Legitimationsnöte bleiben jedoch weitgehend folgenlos, solange die einzelnen Konfliktfälle isoliert behandelt und „abgearbeitet“ werden können und sich bei der breiten Bevölkerung lediglich ein diffuses und perspektivloses Unbehagen gegenüber der Staatsbürokratie oder den Parteien abzeichnet.

das Attribut „Bewegung“ kaum verdient²⁴), sondern sich eher durch die gemeinsame Anerkennung relativ diffuser und interpretationsfähiger Topoi auszeichnet.

Konkreter ist die Öffnung der Bürgerinitiativbewegung gegenüber der *Friedensbewegung* (und partiell gegenüber den Dritte-Welt-Gruppen). Diese Annäherung fand z. B. einen organisatorischen Niederschlag in der „Koordination Ökologie und Frieden“²⁵), in einer ersten großen Demonstration²⁶) gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie im Herbst 1980 sowie der Friedensdemonstration im Oktober 1981 in Bonn als der bislang größten Protestkundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Ähnliches gilt auch für die *Frauenbewegung*. Einerseits sind im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung spezifische Fraueninitiativen entstanden, andererseits zeichnet sich auch im Rahmen der Frauenbewegung eine wachsende Sensibilität für ökologische Themen ab und führte auch bereits zu mehreren gemeinsamen Aktionen.²⁷)

Dagegen scheinen die radikalen (jugendlichen) Proteste in Verbindung mit *Hausbesetzungen* und *Stadtsanierungsmaßnahmen* an den Bürgerinitiativen sich vorbeizuentwickeln und sowohl hinsichtlich des „Stils“ der Aktionen wie auch der Perzeption von Politik eine neue Qualität anzunehmen.

Diese Tendenzen, aber auch der sehr spezifische Erfahrungsbereich der einzelnen (Teil-) Bewegungen und schließlich deren Verständnis von Autonomie und Dezentralisation lassen allerdings vermuten, daß keine „Sammlungsbewegung aller Alternativen“ ansteht. Die entscheidende Resultante all dieser Kräfte, die von Außenstehenden meist hilflos als heterogen, schillernd, chaotisch, bunt usw. beschrieben werden, muß wohl unterhalb der Ebene manifester Konflikte gesucht werden, denn „Institutionen können“ – zumindest hier gehe ich mit Niklas Luhmann überein – „das Schwinden eines faktischen Konsensus lange überdauern“ (1970, S. 122).

Folgerungen

Abschließend soll auf einige Probleme des analytischen Zugriffs auf die neuen Protestbewegungen eingegangen werden.

1. Am Beispiel der Bürgerinitiativbewegung wurde zu zeigen versucht, daß selbst dieser Ausschnitt aus dem Spektrum der Protestbewegungen wiederum ein differenziertes Spektrum in sich birgt. Insofern halte ich es für riskant, diese Protestbewegungen lediglich an einzelnen programmatischen Aussagen oder an ihren (meist durch die etablierten Medien vermittelten) Erscheinungsformen zu messen.

2. Deshalb sind auch abstrakte Zuschreibungen wie „neoromantisch“²⁸), so sehr sie für Einzelphänomene zutreffen mögen, prinzipiell problematisch. Ich sehe zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt in ihrer Verwendung eher einen Ausdruck selektiver Wahrnehmung und mangelnder empirischer, insbesondere hermeneutischer, Anstrengung. Sofern eine derartige Charakterisierung jedoch einer funktionalistischen Gesellschaftsanalyse entspringt, welche die neuen Protestpotentiale lediglich als anomische, regressive Flucht- und Verweigerungstendenzen angesichts eines unaufhaltsamen Modernisierungsprozesses deutet, scheint mir in der Hypostasierung der „Unausweichlichkeit“ und „Fortschrittlichkeit“ der Modernisierung ein Moment zu liegen, das kaum weniger irrational ist als der Versuch, zu vorindustriellen Vergesellschaftungsformen zurückzukehren. In welchen Bahnen das „Projekt der Moderne“ (Habermas) voranzutreiben wäre, ist nicht nur eine Frage von Imperativen der Systemsteuerung, sondern auch des physischen und psychischen

- 2) „Großer Ratschlag – Alternative Ökonomie“ lautete z. B. das Motto einer Veranstaltung des „Sozialistischen Büros“ vom 29. September bis 1. Oktober 1978 in Hamburg.
- 3) Bernd Marin versteht unter neuem Populismus alle jene Basisinitiativen, „die sowohl über subsidiäre Selbsthilfeorganisationen hinausgehen und weitreichende Veränderungsansprüche stellen als auch überwiegend im außerinstitutionellen Raum operieren – also etwa nicht innerverbandliche Basisopposition gegen kooperative Strategien der Organisationsspitzen. Neuer Populismus bezeichnet demnach die stärker symbolisch-expressive Politik sozialer Bewegungen im Gegensatz zur eher pragmatisch-instrumentellen Politik institutionalisierten Interessenausgleichs, . . .“ (1980, S. 157).
- 4) Nach Theodor Ebert setzte sich der Begriff Bürgerinitiative „erst etwa 1969 durch, populär gemacht durch Journalisten, die davon berichteten, daß diese Initiativen überall wie ‚Pilze aus dem Boden sprießen‘“ (1977, S. 64). Zur Entstehungs-/Gründungszeit von Bürgerinitiativen vgl. Hegner 1980, S. 79.
- 5) Vgl. z. B. die Äußerungen von verschiedenen Parteienvertretern in: Kempf/Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1974) sowie die Analyse von Uwe Thaysen (1980).
- 6) Der erste Entwurf des Orientierungsrahmens '85 unterstellte noch Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts von 4 bis 6 Prozent, wobei eher Zuwächse in der oberen Bandbreite erwartet wurden.
- 7) Zu nennen sind u. a. der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (gegründet 1972), die verschiedenen Zusammenschlüsse der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, die Bürgeraktion Küste im Raum Bremen, die Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe, die Rhein-Ruhr-Aktion gegen Umweltzerstörung in Nordrhein-Westfalen, die Rhein-Main-Aktion gegen Umweltzerstörung in Hessen sowie verschiedene Landesverbände von Umweltschutz-Initiativen, die jedoch meist relativ spät entstanden sind. Eine Broschüre des Umweltbundesamtes in Berlin (1978) verzeichnet bereits 92 überregionale Zusammenschlüsse von nicht-staatlichen Umweltschutzorganisationen.
- 8) Hartmut Bossel sieht in der Ökologiebewegung eine weitgehende Anerkennung folgender Prinzipien: Dezentralisation, Partizipation, Abbau von Macht, sparsame Nutzung natürlicher Ressourcen, ökologische Verträglichkeit, sanfte Technik, Gewaltfreiheit und Vielfalt (vgl. 1978: 14). Andreas Buro nennt fünf „unabdingbare Prinzipien“ der Ökologiebewegung: demokratisch, basisbezogen, aufklärerisch, antirepressiv und selbständig (vgl. 1978, S. 32).
- 9) Dies zeigte sich insbesondere bei den Bundesparteitagen der SPD und der F.D.P. im Herbst 1977. Gemessen an den Beschlüssen und Anträgen der unteren Parteigliederungen hätte sich sogar eine Mehrheit der SPD-Delegierten kritisch bzw. ablehnend zur Atomenergie stellen müssen. Die drohenden Konflikte konnten durch Kompromisse wie „für Kohle und Kernenergie“ sowie durch das Junktim zwischen dem weiteren Ausbau der Atomenergie und der Sicherung der nuklearen Entsorgung überbrückt werden. Kritiker aus den Reihen der SPD brachten die Haltung ihrer Partei ironisch auf den Begriff: „Mit Schmidt und Eppler für und gegen Kernenergie“.
- 10) Besonders drastisch zeigte sich eine derartige Entwicklung in Hamburg. Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB) hatten nahezu alle, nach Stadtteilen gegliederten, Anti-Atom-Initiativen zu unterwandern vermocht. Daraufhin kam es zu einer Spaltung des Koordinationsgremiums in ein „autonomes“ und ein vom KB dominiertes Plenum.
- 11) In der Bundesrepublik Deutschland besteht ein Netz von ca. 50 örtlichen Gruppen der „Gewaltfreien Aktion“. Regelmäßig erscheinende Publikationsorgane sind die Zeitschriften „graswurzelrevolution“ und „Gewaltfreie Aktion“. Kronzeugen und Vorbilder dieser Gruppen sind u. a. Henry David Thoreau (1817–1862), Mahatma Gandhi und Martin Luther King. Zum historischen und theoretischen Hintergrund dieser Bewegung vgl. Ebert (1978). Die Idee des zivilen Widerstandes beschränkt sich nicht mehr auf die Gruppen der „Gewaltfreien Aktion“, sondern hat auch bei zahlreichen Bürgerinitiativen und in der Partei der „Grünen“ Fuß gefaßt.
- 12) Vertreter der etablierten Parteien äußerten diese Kritik vielfach gegenüber der Partei „Die Grünen“ während des Bundestagswahlkampfes im Herbst 1980.
- 13) Vgl. den vom BBU herausgegebenen „Forderungskatalog für ein Öko-Konzept in der BRD“, abgedruckt in: Müller-Witt (Hrsg.) 1980. Der Begriff der „ökologischen Wirtschaft“, der hier der „heutigen Form der Marktwirtschaft“ und auch der „zentralistischen Planwirtschaft“ gegenübergestellt wird, bleibt völlig diffus. Insbesondere wird nicht geklärt, ob und in welchem Rahmen dem Markt auch künftig eine Steuerungsfunktion zukommen soll.
- 14) Hierzu gehört u. a. der Aufbau und die Integration von Landesverbänden sowie die Einrichtung von fachspezifischen Arbeitskreisen, die die bislang dürftige Kommunikation zwischen den lokalen Initiativen untereinander sowie zwischen diesen und dem Bundesvorstand intensivieren sollen.
- 15) Der Begriff „intermediäre Kultur“ oder „Zwischenkultur“ wurde von Theodor Ebert in die

- sich gleichermaßen gegen das Atomkraftwerk Lingen I und einen dort geplanten neuen Reaktor wie auch gegen den Truppenübungsplatz Nordhorn-Ränge.
- 27) Das Anliegen der Anti-AKW-Bewegung wird z. B. nachhaltig durch die Berliner Frauenzeitschrift „Courage“ und durch eine Vielzahl von Frauengruppen unterstützt. Eine der ersten großen Aktionen war das Oster-Treffen 1980 von mehreren Tausend Frauen in Gorleben.
- 28) Diese Argumentation zielt auf die von einem sozialtechnokratischen Ansatz ausgehende Kritik an den Bürgerinitiativen als einer neoromantischen Bewegung (vgl. z. B. den Beitrag von Uwe Schimank aus Bielefeld: „Neoromantischer Protest im Spätkapitalismus“, Vortrag am 14. Februar 1981 im Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften in Starnberg). Sie relativiert aber auch die linke Kritik an der Bürgerinitiativbewegung als Ausdruck eines „kleinbürgerlichen Reformismus“ oder, stärker auf die Ökologiebewegung ausgerichtet, eines „linken Konservatismus“ (vgl. Stöss 1979).
- 29) Wolfgang Rüdiger, der die bislang genaueste und vollständigste Sekundäranalyse der vorliegenden empirischen Erhebungen zu Bürgerinitiativen in der Bundeshauptstadt vorgenommen hat, kommt zu dem lapidaren Fazit: „Empirische Studien, deren Ergebnisse Repräsentativität für das Gesamtphänomen ‚Bürgerinitiativen‘ in der Bundesrepublik Deutschland beanspruchen können, gibt es nicht.“ (1980, S. 174)

Literatur:

- Berger, P. u. a., 1975, Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt, New York.
- Borsdorf-Ruhl, B., 1973, Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet (Schriftenreihe Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 35). Essen.
- Bossel, H., 1978, Die vergessenen Werte. In: Brun, R. (Hg.), Der grüne Protest. Herausforderung durch die Umweltparteien. Frankfurt a. M.
- Brückner P. u. a., 1978, Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung. Frankfurt a. M.
- Bürgerinitiative Westtangente e. V., 1979, Diskussionspapier zur Wahlbeteiligung. In: Peters, J. (Hg.), Alternativen zum Atomstaat. Das bunte Bild der Grünen. Berlin.
- Buro, A., 1978, Historische Erfahrung und außerparlamentarische Politik. In: Hallerbach, J. (Hg.), Die eigentliche Kernspaltung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit und die Atomkraft. Darmstadt und Neuwied.
- Ebert, T., 1977, Von den Bürgerinitiativen zur Ökologiebewegung. In: Vorgänge 3/1977.
- Ebert, T., 1978, Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg. Waldkirch.
- Guggenberger, B., 1980, Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei. Stuttgart u. a.
- Haffner, S., 1974, Bürgerinitiativen: Sinn und Unsinn. In: Bürger initiativ, Stuttgart.
- Hallerbach, J. (Hg.), 1978, Die eigentliche Kernspaltung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit und die Atomkraft. Darmstadt und Neuwied.
- Hegner, F., 1980, Historisch-gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und politisch-soziale Funktionen von Bürgerinitiativen. In: Hauff, V. (Hg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Villingen-Schwenningen.
- Heinze, R. G., 1981, Neokorporatistische Strategien in Politikaren und die Herausforderung durch neue Konfliktpotentiale. In: v. Alemann, U. (Hg.), Neokorporatismus, Frankfurt, New York.
- Hirschman, A. O., 1970, Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organisations and States. Harvard University Press. Cambridge/Mass.
- Hoffmann-Axthelm, D. u. a. (Hg.), 1978, Zwei Kulturen? Tunix, Mescalero und die Folgen. Berlin.
- Hollstein, W., 1979, Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen. Bonn.
- Huber, J., 1980, Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung. Berlin.
- Inglehart, R., 1971, The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. In: The American Political Science Review, Vol. LXV, No 4.
- Inglehart, R., 1977, The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton, N. J.
- Kempf, U./Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), 1974, Bürgerinitiativen – neue Formen politischer Beteiligung. Bonn.